

Dr. József Veres, Dozent als Kathedraleiter, Kandidat der Staats- und Rechtswissenschaften /Szeged

Grundzüge der Abhilfe von Folgen der Betriebsunfälle und Berufskrankheiten in den Produktionsbetrieben

Es ist eine Grundforderung sozialistischer Gesellschaften, die Unterschiede bei der Abhilfe der Folgen von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten im sozialistischen Sektor zu beseitigen. Eine Garantie dafür ist die Abstellung der Niveaudifferenz zwischen den industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse einerseits, andererseits - und das folgt aus dem ersten - die Aufhebung abweichender Regelungen, die Schaffung der Rechtsregelung aufgrund einheitlicher Grundsätze. Werden die Volkswirtschaftszweige seitens der objektiven und subjektiven Bedingungen, der Anwendungsmöglichkeiten der Bedingungen, der Abhilfe der Folgen betrachtet, so sind die Unterschiede auffallend. Die engen Rahmen dieses Korreferats bieten nur Gelegenheit, von den abweichenden Charakterzüge einige - die besonders die Durchführung geachtet interessant sind - zu erwähnen.

Die Feststellung, dass die Berufsunfälle und Berufskrankheiten im Rahmen des Produktionsprozesses in der Kausalreihe einerseits Folgen der im Produktionsprozess vorhandenen Mangelhaftigkeiten /gegebenenfalls ist es unmöglich diese zu beheben/ sind, andererseits sind sie Ursachen jener Massnahmen, die in medizinischen, wirtschaftlichen, Organisations- und Rechtsbereichen vorhanden sind, und die den grundlegenden Doppelziel: den Menschen /und nicht nur die Arbeitskraft/ für sich selbst und für die Gesellschaft vollwärtig zu machen, die dazu notwendigen, sämtlichen medizinischen, Gesellschaftsversicherung- und Rechtsbedingungen usw. zu schaffen: den auf Grundlage der Gegenseitigkeit sich in Rechte und Pflichten manifestierenden Gleichgewichtszustand herzustellen haben, klingt fast wie eine Phrase. Neben den beiden Grundzielen ist auch ein ergänzender Dritte zu erwähnen, die speziellen und generellen Preventions-

massnahmen, die nicht nur das menschliche Verhalten sondern auch die medizinischen, sozialen und wirtschaftlichen Massnahmen usw. beeinflussen sollen.

a. In der verschiedenen Volkswirtschaftszweigen - vor allem in der Industrie und Landwirtschaft - konvergieren zwar die objektiven und subjektiven Bedingungen /Beispielfälle/ der Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, zwischen den beiden zweigen sind doch Abweichungen vorhanden. Auf diesem Gebiet sollten die folgenden hervorgehoben werden:

- Abweichung zwischen technischen, Natur- und Organisationsbedingungen in der Produktion,
- Stufe der Organisiertheit innerhalb des Betriebes,
- Arbeitsschutz-, Arbeitshygiene-, Rechts- und Verwaltungsmittel, Niveaudifferenz in der Durchführung,
- Bewusstseinsstufe bei der Anpassung den neuen Umständen,
- eigenartige Züge der Aufklärung und Erziehung.

Es gibt jetzt keine Zeit zur Aufzählung der die Abweichungen bestimmenden oder beeinflussenden Ursachen, die Wirkung der Abweichungen auf dem sozialistischen Entwicklungsweg der Industrie und Landwirtschaft muss doch betont werden. Daraus folgend bedeutet die Organisation des Arbeitsschutzes in den ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die die Kleinproduzentenwirtschaft zusammenhalten, eine völlig neue Aufgabe. Die Arbeitsschutzorganisation der genossenschaftlichen Landwirtschaft, die Anwendung technischer Lösungen sind auf 10 Jahren zurückzuführen. Heute sind die Grundlagen zum institutionellen Arbeitsschutz in den landwirtschaftlich-genossenschaftlichen Betrieben gegeben. Die Entwicklung des Arbeitsschutzes und der Betriebshygiene wird vom Staat mit beträchtlichen finanziellen Mitteln unterstützt.

Die staatlichen Daten beweisen leider, dass die Zahl der auf 1000 Arbeiter fallenden Unfälle auf allen Volkswirt-

schaftsgebieten sehr hoch ist, aber in der Landwirtschaft sind durchaus viele Unfälle registriert worden. Die Ursachen der hohen Zahl der Unfälle wurde seitens der landwirtschaftlichen Arbeitspsychologie untersucht, aber bezüglich der Unfallsursachen ergeben sich abweichende Feststellungen.

"Einige sahen die Gründe in der raschen Mechanisierung, womit die Ausbildung der Arbeiter mit entsprechenden Fachkenntnissen, die die Maschinen sicher bedienen, nicht parallel durchgeführt wurde. Andere nenne die Schwäche der Arbeitsschutz Tätigkeit und der Sicherheitsinspektion, aber es sind auch andere Gründe, wie Arbeitsmoral, Witterungsverhältnisse, das Fehlen der Erziehungsarbeit und viel Anderes zu hören."¹

Bei Untersuchung der Angaben anhand deduktiv-statistischer Methoden ist es auffallend, dass in der Unfallszahl innerhalb der staatlichen Industrie und genossenschaftlichen Landwirtschaft kaum ein Unterschied gibt, während die Situation angesichts der Todesunfälle in letzteren Sektor bedeutend schlimmer ist. Betrachten wir das Jahr 1975., so kann festgestellt werden, dass die Zahl der auf 1000 Arbeiter fallenden aufgezeichneten Unfälle in der staatlichen Industrie 45.2, in der genossenschaftlichen Landwirtschaft 43.2 ist, d.h. es besteht ein Unterschied von nicht ganz 2 zu Gunsten der Landwirtschaft. Vergleichen wir aber die Zahl der auf 100.000 Arbeiter fallenden Todesunfälle, so führt es zu einer Proportionszahl von 10,5 in der staatlichen Industrie und 19,1 in der genossenschaftlichen Landwirtschaft, was aber nachdenken^{1,3} t.² Im Bezug darauf, in welchem Masse die sog. traditionelle Tätigkeit und modernes Bewirtschaften in der genossenschaftlichen Landwirtschaft Ursache der Todesunfälle sein können, ist dieser statistische Nachweis ein Beispiel, die die Betriebstodesunfälle gemäss der Unfallsbedingungen klassifiziert sind. Demnach gab es 1975 insgesamt 118 Todesunfälle in der genossenschaftlichen Landwirtschaft. 71 Unfälle waren mit Traktor,

Schleppermaschiene, Dumper, Pferdewagen oder mit verschiedenen Fahrzeuge verbunden, 8 Unfälle aber auch durch Explosion, feuergefährliche Giftstoffe verursacht.³

Schon diese Zahlen lassen schlussfolgern, dass die Genossenschaften im Verhältnis zu den Industriebetrieben sowohl auf dem Gebiet der Betriebsunfälle als auch der Berufskrankheiten eine nachteilige Lage haben. Dieser Nachteil wird auch durch die Tatsache gesteigert, dass sich die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbetriebe für das Jahr 1975 im Verhältnis zu 1960 - einen Zeitraum von 15 Jahren betrachtet - fast auf ein Drittel gesunken ist. /1960-4.507 LPG, 1975 - 1.598 LPG/ und der konkreter Arbeitsschutz innerhalb eines Genossenschaftbetriebes mit mehreren Standorten, und nicht zuletzt eine vortlaufende Propaganda zum Arbeitsschutz bedeutend schwieriger wurde."⁴

Neben der zweigemässigen Abweichung der objektiven und Personalbedingungen, die bei Verhütung der Betriebsunfälle und Berufskrankheiten unentbehrlich sind, muss auch der Unterschied der Rechtsregelung erwähnt werden. Wir sollten nur bis 1959 zurückblicken, da eine umfassende Rechtsregel der LPH, die Verordnung mit Gesetzeskraft N° 7/1959, in diesem Jahr erlassen worden war. /Hier ist es zu erwähnen, dass wir uns vor allem mit den LPG befassen, weil die Arbeitsrechtsnormen zu dieser Zeit in den industriellen Genossenschaften im Wesentlichen schon geltend waren./ Die Verordnung mit Gesetzeskraft bestimmte zwar die Grundpflichten eines LPG-Mitgliedes, die in der Teilnahme in der gemeinsamen Arbeit der Genossenschaft und in der Leistung der im Statut vorgeschriebenen Arbeitseinheiten bestand, über die gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen, über den Pflichten der LPG, als Arbeitsgeber, keine Verordnung enthielte. /§ 12./ Im Falle der Entschädigung der LPG-Mitglieder bei einem Betriebsunfall wies das Gesetz über der Gesellschaftsversicherungsrente der Arbeiter auf die Verordnung N° 40/1958 hin, die heute schon ausser Kraft gesetzt ist.

Eine bedeutende Änderung erfolgte nur 8 Jahre später. 1967 ist nämlich das Gesetz N° III./1967 über die LPF erlassen worden. In diesem Gesetz sind schon die Arbeitsgeberpflichten der LPG dadurch entworfen, dass die Produktionsgenossenschaft verpflichtet ist um die regelmässige, bildungsmässige Beschäftigung ihrer Mitglieder den Möglichkeiten entsprechend zu sorgen. /§ 58. Abschn. 3 des Gesetzes/ Mit dem Stichwort Sorge um die Mitglieder wird jene einheitlichen Grundsatz spiegelnde Verordnung geformt, dass die LPG verpflichtet ist die gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen und die soziale Hilfeleistung der Mitglieder zu verwirklichen /Gesetz 64. Abschnitt 1./.

Das im Jahre 1971 erlassene Genossenschaftsgesetz /Gesetz III./1971/ vereinheitlichte in allen drei Zweigen die Grundregeln über die Sorgung um die Mitglieder zur Schaffung der gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen. Es ist bekannt, dass in der nahen Zukunft eine Abänderung des Genossenschaftsgesetzes zu erwarten ist. Im Laufe der vorangehenden Diskussion ist es mit dem Vorstoss einer schon auch früher betonten Anschauung zu rechnen, dass im Interesse des Schutzes der LPG-Mitglieder die Gesetzeskraft der gesellschaftlichen Versicherungsregelung in jeder Hinsicht auf die BPG-Mitgliedschaft zu erstrecken ist, und im Laufe der Genossenschaftsregelung nur darauf hinzuweisen ist.

Bei engerem Thema bleibend würde es bedeuten, dass z.B. die Behaltung der Regeln über die Entschädigungsverantwortung in dem LPG-Recht, im Falle der Gesundheits-, Leben- und Leibverletzung des Mitgliedes überflüssig wäre und die LPG-Rechte nur auf die entsprechenden Rechtsnormen hinweisen würden.⁵

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Arbeits- und Gesundheitsschutzrechte der Arbeiter der Industrie und der LPG-Mitglieder gleich sein sollen, es ist aber fraglich, ob das durch eine dieses gleiche Niveau, die Abweichung der Bedingungen ungeachtet lassende, uniformierte und generelle

Rechtsschaffung oder durch die differenzierte Regelung erreicht werden kann. Es wäre nicht richtig, die Frage kategorisch zu beantworten. Die Praxis vermittelt jedenfalls solche Angaben /z.B. die Deutung der Betriebsarbeit, den beeinflussenden Character der Siedlungverhältnisse bezüglich der Familien- und Betriebsverbindungen, um nur einige zu erwähnen/, die dem Existenzberechtigung der sich in den Bedingungsunterschiede fussenden, dem Ergebnis nach aber nach Differenzierung strebenden Regelung sprechen. Und damit sind wir zum nächsten Themenkreis, nämlich zur Untersuchung charakteristischer Voraussetzungen, wodurch das Leben und Leib, die Gesundheit der LPG-Mitglieder, ihre gesunde und sichere Arbeitsbedingungen gewährleistet werden.

b. Es bestehen zahlreiche Mittel zur Schaffung der gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen und sind auch noch zu erweitern. Den zu fördernden Ziel seitens des Abstrahierungsrechts betrachtet muss vor allem beantwortet werden,

- welche Garantien schon bestehen und welche noch zu schaffen sind, um die Voraussetzungen zu erweitern und ihre Wirksamkeit steigern zu können,

- wie die Verantwortung bei Vernachlässigung der Schaffung dieser Voraussetzungen oder - aus Interesse eines engen Kreises - zur Beseitigung der bewussten Verletzung der Anwendungspflichte gesteigert werden kann.

Auf all diese Fragen ergibt sich nur die Antwort, wenn jene Kontrakte, die in den betrüblicherweise bestehenden Ereignissen eine Rolle spielen, auf diesem Gebiet der Sorge um den Menschen annähernd genau formuliert werden. Die mittelbare Verantwortung der Gesellschaft und die unmittelbare Verantwortung der Wirtschaftseinheit besteht im allgemeinen nur dann, wenn der Arbeiter Mitglied einer Produktionskollektive und im Interesse dieser Kollektive tätig ist, bzw. diese Wirtschaftseinheit den Arbeiter beschäftigt. Solche Verantwortung ist in den Familienverbindungen, im Laufe der individuellen Arbeit, bei Unternehmung und Beauftragung

nicht vorhanden. Die Eigenartigkeiten der LPG melden sich an dieser Grenze.

Es ist bekannt, dass die LPG sozialistische Grossbetriebe sind und dabei wird der Grossbetrieb betont, doch leisten die LPG-Mitglieder die gemeinsame Arbeit

- im Rahmen einer Organisationseinheit
- durch Verpflichtung zum Ackerbewirtschaften
- oder auf andere, durch die LPG bestimmte Weise.

Andere typische Arbeitsleistung sind z.B.

- Mitarbeit in gemeinsamer Unternehmung
- durch Arbeitsauftrag erfolgte Arbeit in der Hauswirtschaft.

Aus dieser Aufzählung geht es hervor, dass die Gründe zwischen Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben bestehender Unterschiede an den in allgemeinen noch vorhandenen verschiedenen Bedingungen liegen. Wegen der Aktualität möchte ich mich nur mit einer einzigen speziellen Tätigkeit innerhalb des Landwirtschaftsbetriebes befassen, wobei sich Unfälle ereignen können. Das ist die durch Arbeitsauftrag erfolgte Arbeit in der Hauswirtschaft.

Die rechtsregel /M^o 19. von 27. 5. 1976. des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft/ ist dieses Jahr erlassen worden, die bestimmt, dass die Arbeitsleistung des LPG-Mitglieder zur - in der Rechtsnormbillage bestimmten - Viehhaltung, Gemüse und Obstbau innerhalb der Hauswirtschaft, gemäss der Vereinbarung mit der LPG, als gemeinsame Arbeitsleistung zu betrachten ist. Für diese Arbeit wird dem LPG-Mitglied Arbeitstage gutgerechnet, die bei Feststellung der sozialen Dotation und der Berechtigung für Vergünstigungen betrachtet werden können. In Betracht auf wirtschaftspolitischen Anlass wurde der Kreis der gemeinsamen Arbeitsleistung von der genossenschaftlichen und besonders von der LPG-Rechtsregelung erweitert.

Die Erweiterung der Arbeitsleistungsbereichen komplizierte die schon auch bis jetzt problemenreiche Praxis. Es

ist nicht zu diskutieren, dass die Bedingungsfrage der Arbeiter im Laufe der Arbeitsleistung, sei es seitens der Verantwortung oder der Gesellschaftsversicherung betrachtet, eine gemeinsame Folgerung, den Schutz der Arbeiter enthalten muss. Die im Laufe der Arbeit erfolgten Beschädigungen werden vom Recht den Folgen nach gruppiert. Ein Grund zu dieser Gruppierung ist der Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung und Beschädigung. Die Beschädigungsfolgen des LPG-Mitgliedes seitens des Arbeitsgebers dürfen nur in dem Masse vermindert oder aufgehoben werden, wie sich der Kausalzusammenhang zwischen Arbeitsleistung der Arbeiter und der Beschädigung verändert; und diese These ist auch bezüglich der Verantwortung des Arbeitsgebers entscheidend.

Die Begriffserweiterung von gemeinsamer Arbeit beeinflusst auch die Rehabilitation, Gesellschaftsversicherung und das LPG-Recht. Das grösste Problem bedeutet die Beseitigung jener Störungsfaktoren, die den Zusammenhang zwischen Betriebsarbeit und Beschädigung des LPG-Mitgliedes unklar machen. Die Schwierigkeiten bei der Kontrolle melden sich vor allem nicht auf dem Rehabilitations- und Gesellschaftsversicherungsgebiet /obwohl die Genossenschaft bei der Auszahlung einer dem Krankengeld entsprechenden Krankenhilfe primär die interessierte Seite ist/, sondern in der Verantwortungsfeststellung der Genossenschaft.

Die Begriffserweiterung des Betätigungsfeldes wirkt auch auf die Änderung der Verantwortung des arbeitsrechtlichen Arbeitsgebers wesentlich. Diese Auswirkung hat innerhalb des LPG-Rechts eine noch mehr bedeutendere Rolle. Gemäss der LPG-Rechtsregelung ist nämlich due LPG - wie es auch im Arbeitsrecht der Fall ist - ohne Rücksicht auf die Schuld - zur Schadenersatz für den Mitglied, im Falle seines Todes für die Familieangehörigen verpflichtet, der durch die aus der LPG-Mitgliedschaft stammenden Arbeitsleistungserfüllung oder /und die folgenden sind wichtiger/

im Zusammenhang mit der Verletzung vom Leib und Leben, Gesundheit des Mitgliedes im Laufe der unter Leitung und Kontrolle der LPG erfolgte Arbeitsleitung entstanden sind.

Die LPG kann von der Verpflichtung befreit werden, wenn sie beweisen kann, dass der Schaden ausserhalb des Betätigungsfeldes fallende, unvermeidliche Gründe oder ausschliesslich durch das unvermeidliche Verhalten des Mitgliedes verursacht ist, bzw. die LPG wird von jedem Schadenteil entlastet, der durch das schuldhafte Verhalten des Mitgliedes hervorgerufen wurde /§ 90. Abschn. 1-2. des Gesetzes/.

In der Gerichtspraxis war "die ganze Bannmeile" als genossenschaftliches Betätigungsfeld betrachtet. Diese "Bannmeilen" werden bei den LPG mit verschiedenen Standorte und bei der für einzelnen Gebiete der Genossenschaftswirtschaft zusammenhaltenden Kooperationen weiter erweitert. Was die Erweiterung des Gesichtsfeldes in dieser Frage betrifft, scheint eine neue Regelung begründet zu sein, die Verbindungskonzeption der Verantwortung und Versicherung sollte aber wieder erörtert werden.

Zusammenfassend sei es mir gestattet, noch einmal zu betonen, dass die nötigen Anforderungen zum Schutz der Genossenschaftsbauern /obwohl sich diese langsam entwickeln/ müssen von gleicher Niveau wie die der Industrie sein, vor allem aber wegen der objektiven Faktoren müssen diese mit wesentlich grösserer Umsicht und Fachkenntnis gestaltet, entwickelt und ihre Anwendung kontrolliert werden.

c. Der genossenschaftliche Character der Abhilfe von Folgen der Betriebsunfälle und Berufskrankheiten manifestieren sich besonders in der Unterstützung von Genossenschaftsmitgliedern mit verminderter Arbeitsfähigkeit und in der Veränderung der Berufsrehabilitation.

Besonders die Beschäftigungsrehabilitation ist von der einheitlich werdenden Gesellschaftsversicherungs- und Entschädigungsregelung abweichend. Es muss hinzugefügt werden,

dass diese bedeutende Erfolge aufweisende Entwicklung der vergangenen nicht ganz 20 Jahre, vom Nullpunkt ausgegangen ist, da die ersten Genossenschaftsregelungen vom hohen Niveau dieses Gebiet nicht umfassen haben.

Auch heute ist die innere Selbstverwaltung auf Grundlage des Gruppeneigentums zu betrachten. In der Frage der Arbeitsunfähigkeit bzw. der verminderten Arbeitsfähigkeit hat nämlich vor allem das Operativ - oder Mitgliedschaftsorgan der Genossenschaft /die Leitung bzw. der Vorsitzende/ Stellung zu nehmen. Nur danach kann es zu einem nötigen medizinischen Gutachten, oder im Falle einer nachteiligen Entscheidung zu einer Rechtsentscheidung kommen. Es kann behauptet werden, dass ein Gutachten im Zusammenhang mit der zu leistenden Arbeit eines LPG-Mitgliedes von verminderter Arbeitsfähigkeit, laut der Verordnung des Ministeriums für Gesundheitswesen von einem, durch das Ministerium bestimmten Organ /Ambulanz, Medizinischer Ausschuss vom ersten Grad für Gutachten der Arbeitsfähigkeitsverminderung/, nur in dem Falle zu verlangen ist, wenn die Genossenschaft für seine Mitglieder innerhalb ihres Wirkungsbereiches keine entsprechende Arbeit sichern kann.

Das Durchführungsverordnung des LPG-Gesetzes verpflichtet die Genossenschaft über die Feststellung des Arbeitsmasses hinaus auch dazu, dass für die Mitglieder von verminderter Arbeitsfähigkeit dem Gesundheitszustand angepasste Arbeit gesichert werde. Natürlich ist die verminderte Arbeitsfähigkeit durch medizinisches Gutachten über die Arbeitsfähigkeit zu unterstützen. Neben der anerkannten Regelung der Unterstützung von LPG-Mitgliedern mit verminderter Arbeitsfähigkeit müssen wir feststellen, dass es auf dem Gebiet der Durchführung und der vorkommenden juristischen Streitfällen noch Mangelhaftigkeiten gibt. Ungeachtet dessen, dass sich die Rechtsnormen auf die Situation von Arbeitern mit verminderter Arbeitsfähigkeit in der LPG /im Gegensatz zu den Arbeitern von Industrie-Mitgliedschaft/nicht erstreckt.

Der Grund dafür ist in den genossenschaftlichen Eigentumsverhältnissen, in der Abweichung der Organisationsstruktur, in der Veränderung der Leistungsfähigkeit zu suchen.

Auch jene spezielle Züge, die sich in der Kooperation des Genossenschaftsbetriebes und der Hauswirtschaft des LPG-Mitgliedes, oder in der Lösung der sozialen Hilfe zu Lasten des LPG-Vermögens manifestieren; ferner die Eigenschaften der landwirtschaftlichen Arbeit, die Orts- /Siedlungs-/ gebundenheit der Arbeitskraft sind zu achten. Doch ist es als eine Tatsache festzustellen, dass das Tätigkeitsniveau der LPG-Mitglieder mit verminderter Arbeitsfähigkeit wohl niedriger ist, die Lage der Arbeiter eines Unternehmens im Gegensatz zu der der LPG-Mitglieder wesentlich besser ist.

II.

Es war unsere Aufgabe, die genossenschaftliche Eigenschaften bezüglich der Abhilfe von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten zu schildern, die vor allem in LPG vorhanden sind.

Es besteht keine Möglichkeit, die Fragen der technischen Verwaltungsbedingungen, der Gesellschaftsversicherung, der Verantwortung und Rehabilitation innerhalb der Genossenschaft aufzuzählen, es wurde hier nur auf aktuellen, zu lösenden - für LPG-Mitglieder und LPG-Leitung ebenfalls wichtigen - Fragen hinzuweisen.

Es ist zum Bedauern, dass dieses Gebiet - angesichts seines speziellen Characters - für juristischen Fachleute nicht im Vordergrund der Interesse steht. Wir sind überzeugt, dass sowohl in der Theorie als auch in der Praxis noch zahlreiche, offene Fragen zu lösen sind und wir können durch unsere Arbeit bei der Bewusstseinsgestaltung der LPG-Mitglieder viel leisten.

Zum Schluss sei dieser Gedanke erweitert, in der die folgenden Ansprüche formuliert sind: die Abhilfe von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten der Industrie- und der LPG - Arbeiter können nur in dem Falle vom gleichen Niveau sein,

wenn sowohl die Schaffung der Voraussetzungen als auch die Rechtsregelung in den gleichen Grundsätzen fassen, ihre Durchführung aber differenzierterweise erfolgt; es muss aber hinzugefügt werden, dass auch die bessere Zusammenarbeit der Fachleute dazu nötig ist. Wir sind überzeugt, dass auch dieses Kolloquium diesen Anforderung erfolgreich fördert.